

Wie Steinbrück & Co zum Finanz-Crash beitrugen

Seit Jahren treibt eine ganz große Koalition aus SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP die Liberalisierung der Finanzmärkte voran. Die neoliberalen Parteien schafften wichtige Regeln ab, erlaubten hoch spekulative Finanzinstrumente und lenkten bewusst immer mehr Gelder in Aktienfonds und ähnlich unsichere Anlagen. Insbesondere seit der Rot-Grünen Regierungszeit wurden Gesetze verabschiedet, die zur heutigen Finanzkrise beigetragen haben. Vor allem die Auswirkungen der Krise in Deutschland sind auf politische Entscheidungen hierzulande zurückzuführen, wie der folgende Überblick zeigt.

Undurchsichtige, spekulative Finanzprodukte wurden zugelassen und gefördert	
Ursache	Wirkung
<p>Verbriefte Produkte wurden gefördert: Mit dem Kleinunternehmerförderungsgesetzⁱ beschlossen SPD und Grüne 2003 eine steuerliche Besserstellung von Forderungsbesicherten Wertpapieren (Asset Backed Securities, ABS). Die grüne Finanzpolitikerin Christine Scheel lobt die so geschaffene Möglichkeit der Verbriefung von Krediten: „Durch das Kleinunternehmerförderungsgesetz haben wir den Verbriefungsmarkt in Deutschland neu eröffnet; auch das ist ein Erfolg.“ⁱⁱ</p> <p>Der CDU/CSU-Fraktion geht das alles nicht weit genug. In einem auch von Angela Merkel unterschriebenen Antragⁱⁱⁱ fordert sie, die Bundesregierung solle sich nicht nur als Regulierer und Aufseher, sondern als „Partner der Finanzdienstleister“ verstehen und die Wettbewerbsfähigkeit „nicht durch neue administrative Auflagen“ verschlechtern. Entsprechend folgten 2004 und 2005 weitere gesetzliche Verbesserungen für den Verbriefungsmarkt.</p> <p>Im Koalitionsvertrag kündigten CDU/CSU und SPD 2005 ihre Ziele an: „Produktinnovationen und neue Vertriebswege müssen nachdrücklich unterstützt werden“, wozu insbesondere „der Ausbau des Verbriefungsmarktes“ gehöre. Eine Finanzmarktaufsicht „mit Augenmaß“ wird angestrebt und überflüssige Regulierungen sollten abgebaut werden.^{iv} Der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium (BMF), Jörg Asmussen (SPD) betont noch 2006: „Seitens des BMF wird [...] vor allem auch darauf geachtet werden, dass den Instituten keine unnötigen Prüf- und Dokumentationspflichten entstehen werden, wenn sie in ‚gängige‘ ABS-Produkte mit gutem Rating investieren.“^v Er zeigt sich offen für die Erleichterung von Investitionen in ABS durch Versicherungen und Sozialversicherungsträger.</p>	<p>Die von Rot-Grün und Rot-Schwarz hoch gelobte und geförderte Verbriefung von Krediten wurde später zu einem maßgeblichen Auslöser der Finanzkrise.</p> <p>Der Focus schreibt: „Asset Backed Securities, kurz ABS, gelten als Auslöser der Krise. Experten sprechen von verbrieften Krediten: In den USA gaben Banken vielfach Hypotheken an fragwürdige Schuldner, formten daraus ABS und verhökerten sie an Investoren. [...] Im vergangenen Jahr zeigte sich erstmals, dass viele ABS überhaupt nicht sicher waren. Deutsche Banken [...] hatten Zweckgesellschaften gegründet. Dort hatte es eine wilde Zockerei mit ABS gegeben [...]. Plötzlich war die Party vorbei – und der deutsche Steuerzahler musste Milliarden Euro hinbuttern, um die Institute zu retten.“^{vi}</p> <p>Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erklärt: „Der finanzielle Schaden, der [...] insbesondere auch durch die Schaffung der Verbriefungen als neuartiger Finanzinnovation entstanden ist, lässt sich derzeit nur sehr unvollkommen abschätzen.“^{vii}</p> <p>Und als hätte sie nichts mit der Förderung der Produkte zu tun schreibt auf einmal auch die SPD: „Die Finanzinstitute waren in der Lage, [...] eingegangene Risiken in Form immer komplexerer ‚strukturierter Finanzprodukte‘, Derivate und anderer Finanzmarkttitle wie ‚Collateralised Debt Obligations‘ oder ‚Asset Backed Securities‘, bis zu 100 Prozent an andere Marktteilnehmer weiter zu geben. Dadurch ist in den USA eine Immobilienblase ungeahnten Ausmaßes entstanden, deren Platzen sich durch das offene Weltfinanzsystem in Schockwellen ausgebreitet hat.“^{viii}</p>

Die Finanzindustrie wurde von Regeln befreit, die Finanzmärkte liberalisiert

Ursache	Wirkung
<p>Mit dem vierten Finanzmarktförderungsgesetz^{ix} führten SPD und Grüne 2002 die Deregulierungspolitik der Kohl-Regierung fort. In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es: „Das Gesetz ist [...] eingebettet in eine umfassende Strategie der Bundesregierung zur Stärkung des deutschen Finanzsystems. [...] Die Steuerreform 2000 erhöht die Attraktivität des Standorts Deutschland und treibt die ‚Entflechtung‘ der Deutschland AG voran. Die Rentenreform beschleunigt den Ausbau der privaten Altersvorsorge.“</p> <p>Ziel des Gesetzes ist es laut Begründung unter anderem, die Wettbewerbsposition der deutschen Börsen und der dort tätigen Fonds und sonstigen Akteure zu verbessern, sowie „ihre Handlungsspielräume durch Deregulierung und weitere Anpassung an internationale Standards zu erhöhen“. Geschäftsmöglichkeiten von Investmentfonds werden erweitert, im Wertpapierhandelsgesetz kommt es zu einer „notwendigen Deregulierung und Anpassung an die dynamische Entwicklung der Wertpapiermärkte“, wie es in der Begründung des Gesetzentwurfs heißt.</p>	<p>Mit den Maßnahmen zur „Stärkung des deutschen Finanzsystems“ wurde es in Wirklichkeit geschwächt: Das deutsche Finanzsystem wurde immer mehr nach amerikanischem Vorbild umgebaut und ein internationaler Wettbewerb der „Finanzmarkt-Standorte“ vorangetrieben. Dem Aktienmarkt wurde bewusst eine wichtigere Rolle zugeschrieben. Der Abbau von Regulierung und die beabsichtigte „Ausweitung der Handlungsspielräume“ der Marktteilnehmer haben dazu geführt, dass Finanzgeschäfte zunehmend unkontrolliert möglich waren.</p> <p>Immer neue, hoch komplexe Finanzprodukte erhöhten die Intransparenz und Unsicherheit an den Märkten. Wertlose Papiere konnten neu verpackt und weiterverkauft werden – Zocker machten damit hohe Gewinne. Immer noch ist unklar, welches Finanzinstitut in welchem Ausmaß auf „Schrottpapieren“ sitzt. Das ist auch der Hauptgrund dafür, dass, sich die Banken gegenseitig kein Geld leihen, das Finanzsystem nicht mehr funktioniert und auch die Kreditversorgung der „Realwirtschaft“ gefährdet ist.</p>
<p>Der Union geht die Liberalisierung nicht weit genug. In Einigkeit mit der FDP kritisiert sie unter anderem, dass die Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in bestimmten Marktsituationen Leerverkäufe untersagen kann, bei denen Anleger auf sinkende Kurse eines Unternehmens wetten, um von fallenden Börsenkursen zu profitieren. Ein Verbot dieses Instruments leiste „keinen Beitrag um die Stabilität des Finanzsystems zu erhöhen“, heißt es in einem Antrag der Union.^x</p>	<p>Im September 2008 wurde die Situation an den Finanzmärkten durch Spekulationen mit Leerverkäufen verschlimmert. Glücklicherweise hatten sich Union und FDP 2002 nicht durchsetzen können, und die BaFin konnte zumindest vorsichtig eingreifen und bestimmte Leerverkäufe vorübergehend verbieten. „Ein richtiger, wichtiger Schritt“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverband Deutscher Banken, Manfred Weber.</p>

Hedgefonds wurden zugelassen

Ursache	Wirkung
<p>Am 1. Januar 2004 trat das unter Rot-Grün beschlossene Investmentmodernisierungsgesetz in Kraft. Das SPD-geführte Bundesfinanzministerium lobt den „liberalen Ansatz“ und schreibt: „Das Investmentgesetz war die Grundlage für die Einführung von Hedgefonds in Deutschland und eröffnete damit den direkten Zugang für deutsche Anleger zu diesem innovativen Produkt.“^{xi}</p> <p>Als DIE LINKE 2005 forderte, die Zulassung von Hedgefonds zurückzunehmen^{xii}, wurde das von allen anderen Fraktionen abgelehnt.</p>	<p>Hedgefonds arbeiten hoch spekulativ. Sie nehmen mit wenig Eigenkapital hohe Kredite auf, um damit zu spekulieren und destabilisieren so den Finanzmarkt. Sie sind es die mit Leerverkäufen auf sinkende Aktien wetten und die Krise damit verschärften. Die Wirtschaftswoche schreibt: „In der weitgehend unkontrolliert agierenden Branche dürften zudem viele der obskuren Finanzinstrumente, die die Finanzkrise ausgelöst haben [...], noch mit überhöhten Werten in den Büchern stehen.“^{xiii}</p>

Die Finanzmärkte wurden aufgebläht und die Rente gefährdet

Ursache	Wirkung
<p>Seit Jahren predigen neoliberale Eliten „Lohnzurückhaltung“ und betreiben eine entsprechende Politik: Durch die Agenda 2010, den erhöhten Druck auf Arbeitslose, jede Arbeit annehmen zu müssen, durch die Ausweitung der Leiharbeit und die Förderung prekärer Beschäftigung mit Ein-Euro-Jobs oder Ich AGs wurde die Lohnentwicklung gedrückt und die Ungleichheit gefördert. Während die Arbeitnehmerereinkommen in Deutschland zwischen 2000 und 2007 gerade einmal um nominal 7,5 Prozent wuchsen, legten die Gewinn- und Vermögenseinkommen – zusätzlich durch neoliberale Steuerpolitik gefördert – im gleichen Zeitraum fast 52 Prozent zu.</p> <p>Mit der Rentenreform^{xiv} 2001 stellte die Rot-Grüne Bundesregierung die Weichen in Richtung private Vorsorge nach US-Vorbild. Sie hat damit Milliarden in die Finanzmärkte gelenkt. „Wir haben mit beachtlicher staatlicher Unterstützung die kapitalgedeckte Vorsorge eingeführt“^{xv}, brüstete sich die Grüne Thea Dückert. FDP und Union plädieren für weitergehende Schritte.</p> <p>Das SPD-geführte Finanzministerium zählte die Stärkung der privaten Altersvorsorge später zu den wichtigsten Maßnahmen zur Förderung des Finanzmarkts und der Finanzwirtschaft in Deutschland. Bürgerinnen und Bürger sollen mehr Aktien kaufen und „das Investmentsparen [...] soll langfristig und nachhaltig gesteigert werden“, heißt es auf der Internetseite.^{xvi}</p> <p>Nur die PDS kritisierte von Anfang an die Privatisierung der Rente und fordert eine Stärkung der Einnahmefähigkeit für die gesetzliche Rente. „Wir haben eine Rente nach Börsenlage zu befürchten“^{xvii}, sagte der heutige LINKE-Abgeordnete Roland Claus damals in der Bundestagsdebatte.</p>	<p>Die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft hat zu einem Anschwellen der Finanzmärkte geführt und die Spekulation befördert: Immer mehr flüssiges Kapital von Gutverdienern und Vermögenden suchte nach Anlagemöglichkeiten in dubiosen Finanzprodukten und Börsenspekulationen. Der Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel schreibt: „Unternehmen haben einen Teil ihrer Mega-Gewinne investiert – der Milliarden-Rest floss jedoch auf die Finanzmärkte. Damit hat die Industrie selbst den Spekulationskapitalismus angeheizt und davon profitiert.“^{xviii} Laut Berechnungen der Beratungsfirma McKinsey summieren sich die Finanzanlagen weltweit auf 167 Billionen US-Dollar im Jahr 2006. Das Volumen Wuchs gegenüber 2005 um 17% – das ist deutlich mehr, als der Anstieg des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Deutschland hatte mit Finanzanlagen im Wert von 9,5 Billionen Euro den größten Finanzmarkt der Eurozone.</p> <p>Die private Altersvorsorge trägt zur Aufblähung der globalen Finanzmärkte bei, weil weltweit Billionen in Pensionsfonds fließen. Auch in Deutschland breitet sich die Kapitalmarkt-Basierte Rente dank staatlicher Förderung rasant aus: Allein die Zahl an Riesterverträgen hat sich zwischen 2001 und 2007 fast verzweifzigfacht – mehr als 2 Millionen Verträge kommen im Jahr hinzu.</p> <p>Durch die Turbulenzen an den Finanzmärkten geraten diese Anlagen in Gefahr. In den USA haben die Pensionsfonds in den vergangenen 15 Monaten nach offiziellen Schätzungen bereits zwei Billionen (2000 Mrd.) Dollar verloren.</p>

Sinnvolle Vorschläge zur Kontrolle der Finanzmärkte wurden abgelehnt

Ursache	Wirkung
<p>Noch in seiner Zeit als Bundesfinanzminister versuchte der heutige Vorsitzende der LINKEN, Oskar Lafontaine, eine internationale Regulierung der Finanzmärkte durchzusetzen und stieß damit auf erbitterten Widerstand – seitens der Finanzindustrie, der USA, aber auch innerhalb der SPD. Die Zeitschrift Internationale Politik schrieb: „Auch Lafontaines Forderungen nach Kontrolle der internationalen Finanzmärkte, insbesondere des Bankenwesens, sowie sein Vorschlag, Bandbreiten für Wechselkursschwankungen zwischen Dollar, Yen und Euro festzulegen, sorgten für Aufregung. In seiner Aussage ‚Deshalb ist nicht Deregulierung die Parole für die internationalen Finanzmärkte, sondern jetzt wieder Regulierung‘, sahen Kritiker die Rückkehr zu alten Modellen. Bundeskanzler Gerhard Schröder drückte sich am 2. November 1998 in London moderater aus [...]“^{xxix}.</p>	<p>Die Entwicklung der globalen Finanzmärkte, die dazu geführt hat, dass sich alle Politik nur noch an der Steigerung der Börsenwerte von Unternehmen orientierte und die Krisenanfälligkeit zunahm, hat bereits in den 1970er Jahren mit dem Zusammenbruch des Wechselkursregimes von Bretton Woods, ihren Anfang: „Die 70er-Jahre waren das Jahrzehnt eines rapiden Ausbaus des internationalen Finanzgeschäfts. Mit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen ergaben sich für international ausgerichtete Institute Möglichkeiten zu neuen geschäftlichen Betätigungsfeldern“, schreibt die Ökonomin Susanne Lütz^{xx}. Lafontaines Vorschläge hätten seinerzeit dazu beitragen können, die Finanzmärkte wieder unter Kontrolle zu bringen. Stattdessen setzten sich in Deutschland und weltweit Anhänger eines freien Marktes durch.</p>
<p>Auch die damalige PDS forderte immer wieder, die Finanzmärkte zu entmachten. Schon 1997 forderte sie die Bundesregierung auf, sich international für eine Steuer auf Devisentransaktionen stark zu machen^{xxi}, in der nächsten Legislaturperiode stellte sie einen ähnlichen Antrag^{xxii} – immer lehnten alle anderen Fraktionen ab. Als DIE LINKE 2007 erneut diese Forderung erhob, betonten SPD und Union, das sei „nicht mehr zeitgemäß“.^{xxiii}</p>	<p>Eine so genannte Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen gehört in verschiedenen Varianten seit Jahren zu den Forderungen Finanzmarkt-kritischer Akteure. Diese Steuer kann dazu beitragen, rein spekulative Finanzgeschäfte zu verhindern. Der vergleichsweise niedrige Steuersatz macht insbesondere kurzfristige Geschäfte unattraktiv, während langfristige Geschäfte kaum betroffen sind.^{xxiv}</p>
<p>Von allen anderen abgelehnt wurde auch ein Antrag der PDS zur Reform der internationalen Finanzarchitektur vom September 2000. Darin wurde unter anderem eine Verbesserung der internationalen Bankenaufsicht, die Einschränkung von Hedgefonds-Geschäften mit hohem Kredithebel und das Verbot bestimmter Derivatgeschäfte gefordert.^{xxv} Der Abgeordnete Leo Dautzenberg (CDU/CSU) bezeichnete das als Vorschläge „aus der sozialistischen Steinzeit“.^{xxvi}</p>	<p>Ein Versagen der Bankenaufsicht hat an der Finanzkrise ebenso einen Anteil wie die Existenz undurchsichtiger Derivat- und Verbriefungsgeschäfte. Insbesondere die Geschäfte mit hohem Kredithebel, bei denen Kredite aufgenommen werden, um Spekulationen zu finanzieren, haben das Ausmaß der Krise verschärft. Heute werden wieder Forderungen nach einem neuen Bretton Woods laut. Schade, dass es erst einer Weltwirtschaftskrise bedarf, bis Vorschläge „aus der sozialistischen Steinzeit“ wieder akzeptiert werden.</p>
<p>Die Verhängnisvolle Ablehnung sinnvoller Vorschläge geht bis heute weiter: Im Mai 2006 legte DIE LINKE einen Gesetzentwurf vor, mit dem Aktioptionen für Manager verboten werden sollten.^{xxvii} Der SPD-Abgeordnete Klaus Uwe Benneter betonte, das sei nicht nötig, da es „längst eine ganze Reihe von Regelungen“ gebe, welche einem Missbrauch vorbeugten.^{xxviii}</p>	<p>Die Managerentlohnung über Aktienoptionen und ähnliche Anreize haben dazu geführt, dass Führungskräfte bei Banken und anderswo ein persönliches Interesse daran haben, kurzfristig möglichst hoch-profitable Geschäfte zu machen. So haben Manager an den Spekulations-Blasen der Finanzmärkte lange gut verdient. Ob die Blase zu einer Krise führt, war ihnen egal.</p>

<p>Im September 2006 forderte DIE LINKE. zum wiederholten Male die Aufhebung der Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen.^{xxxix} Alle anderen lehnten ab. Der SPD-Abgeordnete Hans-Ulrich Krüger rühmte sich in der Bundestagsdebatte: „Wir haben erreicht, dass durch die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen althergebrachte Beteiligungsstrukturen deutscher Unternehmen aufgebrochen worden sind, dass die Positionierung dieser Unternehmen im internationalen Wettbewerb optimiert wurde [...]“.^{xxxix}</p>	<p>Die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne hatte den Zweck, das Finanzsystem in Deutschland umzubauen. Das Aufbrechen „althergebrachter Beteiligungsstrukturen“ bedeutet letztendlich, dass weniger profitable Bereiche schnell an der Börse abgestoßen werden können, dass Finanzmarktakteure wachsenden Einfluss bekommen und die Unternehmenspolitik sich stärker an kurzfristiger Gewinnmaximierung orientieren kann. In ihrem aktuellen Papier zur Finanzkrise macht die SPD eine 180 Grad-Wende und will die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne „überdenken“.^{xxxix}</p>
<p>Im Januar 2007 forderte DIE LINKE. die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer, die schon 1990 unter Helmut Kohl (CDU) abgeschafft worden war. Der Antrag forderte einen Steuersatz von 1% auf alle Geschäfte mit Wertpapieren.^{xxxix} Die SPD-Abgeordnete Nina Hauer war außer sich: „Das schadet unserem Standort, das schadet den Menschen, die ihr Geld dem Finanzplatz anvertrauen“, sagte sie im Bundestag. Der Finanzmarkt sei schließlich zur „Jobmaschine“ geworden. Der Abgeordnete Georg Fahrenschon (CDU/CSU) lehnte ebenfalls ab, denn: „Kapitalverkehrssteuern behindern die Mobilität des Finanzkapitals.“^{xxxix}</p>	<p>Eine Börsenumsatzsteuer, wie von der LINKEN gefordert, hätte nicht nur Staatseinnahmen geschaffen, sondern vor allem auch schädliche spekulative Finanzströme reduziert. Wenn die Union darin eine Einschränkung der Mobilität des Finanzkapitals sieht, ist ihr zuzustimmen. Genau darum geht es. Denn diese Mobilität hat die Finanzmärkte instabiler, und Kapitaleigner mächtiger gemacht. Nina Hauer bringt die Motive der SPD-Fraktion auf den Punkt: Sie will den Finanzstandort und die Finanzindustrie fördern. Das widerspricht diametral neuerer Behauptungen der SPD, nach denen Finanzmärkte für sie „kein Selbstzweck“ seien.^{xxxix}</p>
<p>Im November 2007 legte DIE LINKE einen umfassenden Forderungskatalog vor: Unter anderem sollten, unabhängige und öffentliche Ratingagenturen geschaffen, bzw. die bestehenden unter strenge Kontrolle gestellt, die Haftung von Managern ausgebaut und ein öffentliches Investitionsprogramm aufgelegt werden.^{xxxix} Union und SPD lehnten den Antrag als „Politik des Staatsinterventionismus“ ab.^{xxxix}</p>	<p>Die Ratingagenturen haben (u.a. wegen Interessenkonflikten) bestimmte Finanzprodukte viel zu gut bewertet und so zur Krise beigetragen. Mit unabhängigen Agenturen wäre das nicht passiert. Eine verschärfte Haftung von Managern hätte deren Risikobereitschaft verringert, viele Zockereien hätten nicht stattgefunden. Ein Investitionsprogramm hätte den jetzigen Konjunktur-Einbruch abgemildert.</p>
<p>Im Mai 2008 forderte DIE LINKE, Steueroasen trocken zu legen und zeigte konkrete Maßnahmen auf, die die Bundesregierung im Alleingang hätte ergreifen können.^{xxxix} Der SPD-Abgeordnete Lothar Binding räumte zwar ein, dass das Problem der Steueroasen seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung steht, verschob eine Abhilfe aber dennoch auf später: „Wir wollen die Lücken, die es noch gibt, genauer untersuchen, immer mit Blick auf die internationale Einbindung.“^{xxxix}</p>	<p>Die „Lücken“, die es beim Problem Steueroasen noch gibt, stehen seit Jahrzehnten fest: Bestimmte Länder und Regionen konzentrieren sich auf das Geschäft der Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Dort gibt es kaum Regeln für die Finanzbranche. Große Hedgefonds können von dort aus ungehindert ihren Spekulationsgeschäften nachgehen. Keine Bundesregierung hatte bisher den Mut, Geschäfte mit Steueroasen zu verbieten.</p>

Bereits im April 2008 beantragte die LINKE, einen Fonds zu schaffen, der dafür sorgen sollte, dass der private **Finanzsektor seine Verluste selbst trägt**, wenn Banken vor der Zahlungsunfähigkeit gerettet werden müssen.^{xxix} SPD und Union lehnten das im Finanzausschuss noch am 24. September mit der Begründung ab, dass „bereits nach geltenden Regelungen im Sicherungsfall nicht die Lage gegeben sei, dass Verluste zulasten des Steueraufkommens ausgeglichen werden. [...] Eines **weiteren Sicherungsfonds bedürfte es daher nicht**“.^{xi}

Zwei Wochen nachdem SPD und Union den Antrag der LINKEN ablehnten, wurde klar, dass es offensichtlich doch eines weiteren Sicherungsfonds bedurfte: Die Bundesregierung schnürte ein **500-Milliarden Rettungspaket** für die Banken und ließ von da an die Steuerzahlerinnen und **Steuerzahler** für die Fehler von Bankmanagern haften. Dem SPD-Abgeordneten Hans-Ulrich Krüger war das offenbar auf einmal so peinlich, dass er die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 24.09.08 nachträglich abändern ließ.

Quellen und Dokumente

(Internet-Links eingesehen am 12.11.2008)

ⁱ **Bundesregierung**, Kleinunternehmensförderungsgesetz, Bundestags-Drs. 15/537

ⁱⁱ **Bundestag**, Plenarprotokoll vom 6. Juni 2003, Sitzung Nr. 15/49

ⁱⁱⁱ **CDU/CSU-Fraktion**, Antrag: Förderung des Finanzplatzes Deutschland, Bundestags-Drs. 15/748

^{iv} **Koalitionsvertrag** von CDU/CSU und SPD, unter: www.bundesregierung.de/nsc_true/Content/DE/___Anlagen/koalitionsvertrag,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/koalitionsvertrag

^v **Asmussen**, Jörg; Verbriefungen aus Sicht des Bundesfinanzministeriums; Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen; 26.09.2006

^{vi} **Focus**, Die Heuchelei des Peer Steinbrück, unter: www.focus.de/finanzen/boerse/finanzkrise/finanzkrise-die-heuchelei-des-peer-steinbrueck_aid_342330.html

^{vii} **Erber**, Georg; Verbriefungen: Eine Finanzinnovation und ihre fatalen Folgen; DIW Wochenbericht Nr. 43/2008

^{viii} **SPD**, Eine neue Balance von Markt und Staat, unter: www.spd.de/show/1760590/031108_projektbericht_finanzmaerkte.pdf

^{ix} **Bundesregierung**, Viertes Finanzmarktförderungsgesetz, Bundestags-Drs. 14/8017

^x **CDU/CSU-Fraktion**, Entschließungsantrag zum Vierten Finanzmarktförderungsgesetz, Bundestags-Drs. 14/8674

^{xi} **Bundesfinanzministerium**, Das Ziel fest im Blick: Konsequente Schritte in eine erfolgreiche Zukunft für den Finanzmarkt Deutschland in Europa, unter: www.bundesfinanzministerium.de/nn_1928/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Geld__und__Kredit/Aufgaben__und__Ziele/node.html?__nnn=true

^{xii} **DIE LINKE**, Antrag: Hedgefondszulassung zurücknehmen, Bundestags-Drs. 16/113 unter: http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7725727554_1600113.pdf

^{xiii} **Wirtschaftswoche**, Hedgefonds: Investoren droht totaler Verlust, 22.10.08, unter: www.wiwo.de/finanzen/hedgefonds-investoren-droht-totalverlust-375002/

^{xiv} **Bundesregierung**, Gesetzentwurf Altersvermögensgesetz, Bundestags-Drs. 14/4595

^{xv} **Bundestag**, Plenarprotokoll 3. Lesung vom 26. Januar 2001, Sitzung Nr. 14/147

^{xvi} **Bundesfinanzministerium**, siehe Fußnote x

^{xvii} **Bundestag**, siehe Fußnote xiv

-
- ^{xviii} **Hickel**, Rudolf, Frankfurter Rundschau, unter: www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/1618334_Eine-Gewinnflut-hat-die-Wirtschaft-ertraenkt.html
- ^{xix} **Schittly**, Dagmar, Dokumentation zur globalen Finanz- und Wirtschaftsentwicklung, Internationale Politik, Januar 1999, unter: www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1999/januar99/dokumentation.html
- ^{xx} **Lütz**, Susanne, Der Staat und die Globalisierung von Finanzmärkten, Regulative Politik in Deutschland, Großbritannien und den USA, unter: www.mpifg.de/pu/mpifg_book/mpifg_bd_43.pdf
- ^{xxi} **PDS-Gruppe**, Antrag: Einführung einer Steuer auf spekulative Devisenumsätze, Bundestags-Drs. 13/9337
- ^{xxii} **PDS-Fraktion**, Antrag: Einführung einer Steuer auf spekulative Devisenumsätze, Bundestags-Drs. 14/840
- ^{xxiii} **Bundestag**, Finanzausschuss, Beschlussempfehlung und Bericht zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestags-Drs. 16/7191, Bundestags-Drs. 16/ 8995
- ^{xxiv} **Attac**, Flyer zur Tobin-Steuer, unter: http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/Downloads/Flyer_und_Plakate/Flyer-Welthandel_Finanzmaerkte/flyer_Tobin-Ansicht.pdf
- ^{xxv} **PDS-Fraktion**, Antrag: Reform der internationalen Finanzarchitektur, Bundestags-Drs. 14/4069
- ^{xxvi} **Bundestag**, Plenarprotokoll vom 28. September 2000, Sitzung Nr. 14/121
- ^{xxvii} **DIE LINKE.**, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Aktiengesetzes 16/1444
- ^{xxviii} Plenarprotokoll 16/127
- ^{xxix} **DIE LINKE.**, Antrag: Aufhebung der Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen Bundestags-Drucksache 16/2523
- ^{xxx} **Bundestag**, Plenarprotokoll vom 14. Dezember 2006, Sitzung Nr. 16/73
- ^{xxxi} **SPD**, vgl. Fußnote xiii
- ^{xxxii} **DIE LINKE.**, Antrag: Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer, Bundestags-Drs. 16/4029, unter: http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7721138438_1604029.pdf
- ^{xxxiii} **Bundestag**, Plenarprotokoll vom 2. Februar 2007, Sitzung Nr. 16/80
- ^{xxxiv} **SPD**, vgl. Fußnote xiii
- ^{xxxv} **DIE LINKE.**, Antrag: Aktionsplan Finanzmärkte demokratisch kontrollieren, Bundestags-Drs. 16/7191
- ^{xxxvi} **Bundestag**, Finanzausschuss, Beschlussempfehlung und Bericht zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestags-Drs. 16/7191, Bundestags-Drs. 16/ 8995
- ^{xxxvii} **DIE LINKE.**, Antrag: Steuerhinterziehung bekämpfen – Steueroasen austrocknen, Bundestags-Drs. 16/9168
- ^{xxxviii} **Bundestag**, Plenarprotokoll vom 5. Juni 2008, Sitzung Nr. 16/166
- ^{xxxix} **DIE LINKE.**, Antrag: Sozialisierung der Verluste verhindern – Sicherungsfonds für privaten Finanzsektor schaffen, Bundestags-Drs. 16/8888
- ^{xl} So hieß es im ursprünglichen Bericht zur Debatte im Finanzausschuss am 24.09.2008. Da wenige Tage nach dieser Debatte die große Koalition einen 500 Mrd. Euro schweren staatlichen „Finanzmarktsicherungsfonds“ auflegen musste, sich die Behauptungen also nicht aufrecht erhalten ließen, wurde die Formulierung am 10. Oktober durch den SPD-Abgeordneten Hans-Ulrich Krüger gestrichen.